

Ostdeutsche Bau-Zeitung

Verlag Paul Steinke
Breslau I, Taschenstr. 9. — Tel. 1660.

Erscheint jeden Mittwoch u. Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,00 Mark.

Schriftleitung: Prof. Just, Architekt,
Breslau.

Alle Sendungen sind nicht an Personen, sondern nur an die „Ostdeutsche Bau-Zeitung“, Breslau I, zu richten.

Inhalt: Arbeiterfamilienhäuser in Bayern. — Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. — Die Breslauer Domtürme. — Verschiedenes.

Arbeiterfamilienhäuser in Bayern.

Von Karl Maiburg-München.

(Nachdruck verboten.)

Die Hygieniker sagen: Die Wohnungsfrage steht im Zusammenhang mit den höchsten menschlichen Gütern. Leider schätzt die Masse der Bevölkerung in Deutschland gutes Wohnen noch viel zu wenig. Lord Beaconsfield sagte einmal: „Die Wohnung birgt die Zivilisation in sich; aus ihr gehen alle jene Einflüsse hervor, welche der Gesellschaft eine bestimmte Richtung zum guten oder schlimmen geben, welche vereindend oder zerstörend auf sie einwirken. Ein Mensch, welcher fühlt, dass seine Wohnung ein Heim, ein süßes Heim ist, ist stolz auf das Gemeinwesen, in dessen Mitte er lebt. Aber ein Mensch, welcher fühlt, dass sein Heim ein Abgrund des Elends und Verbrechens ist, greift die Gesellschaft an, deren ungerechtes Opfer er zu sein glaubt.“ Aus diesem Gedanken heraus schuf England auf gemeinnützigster Grundlage Arbeiterwohnungen und es hat sich dort eine äusserst umfangreiche und nachhaltige Tätigkeit zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Minderbemittelten entwickelt. Und wie der Engländer über seine Wohnung denkt, das zeigt am besten der Spruch: „My home is my castle“. Und weiter und weiter greift die Bewegung in England um sich, man strebt nach noch weiterer Vervollkommnung des Erreichten — schon hat die Gartenstadtbewegung dort festen Fuss gefasst, welche Bewegung man auch nach Deutschland zu übertragen gewillt ist. In Belgien finden wir dieselben Bestrebungen, während die deutschen Verhältnisse Stadtbauspektor Fabarius in Kassel treffend gekennzeichnet hat mit: Viel Häuser und kein Heim.

Der Verein zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in München sucht nun in der Praxis das Problem des Arbeiterfamilienhauses in Bayern zu lösen und will dabei gleichzeitig auch der Gartenstadtbewegung einigermaßen Rechnung tragen. Ausgehend von dem Gedanken, dass die Wohnungsfrage nicht nur eine Lohnfrage, eine Kreditfrage oder eine Frage der Bauordnung, sondern allerorten in erster Linie auch eine Frage des Stadtbauplanes ist, hat der Verein für sein 38 ha umfassendes

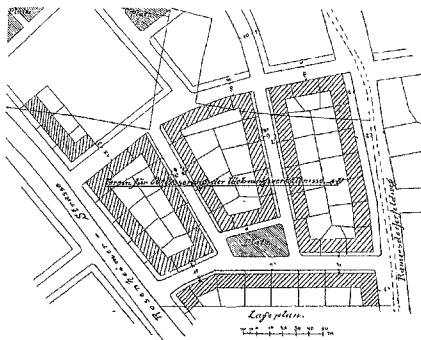
entsprechenden Breite ausgestattet sind, den Wohnstrassen, an welchen vielleicht noch mehrstöckige Gebäude zu stehen kommen, und die deshalb eine noch immer erhebliche Strassenbreite — einen Teil davon vielleicht in der Form von Vorgärten — verlangen, und den einfachsten Wohnstrassen, in welche nur Kleinhäuser kommen sollten und an denen deshalb auch die Fahrbahnbreite auf ein Minimum verringert werden kann, als eine Notwendigkeit hervor. Deshalb wurde auch bei dem vorliegenden Bebauungsplan auf diese Punkte das Hauptgewicht gelegt. Gegen Südwesten wird das Grundstück begrenzt durch die Rosenheimerstrasse, die 30 und mehr Meter Breite aufweist. Auch die Strasse auf der anderen Seite wird einmal eine richtige Verbindungsstrasse werden; sie nimmt einen grossen Rohrstrang der Wasserleitung auf und wird mit 25 bis 30 m Breite vorgesehen. Dazwischen führen dann zwei Strassen, welche diese Hauptverkehrslinien verbinden, und zwei weitere Querstrassen, welchen allen in bezug auf Verkehr wohl keine wesentliche Bedeutung zukommen wird. Das ganze Terrain mit Ausnahme der beiden Hauptstrassenfluchten soll nun mit Kleinhäusern und Gartenabteilen bebaut werden.

In der Voraussetzung, dass diese Querstrassen keinen Verkehr zu bewältigen haben, und dass die Herstellung billiger Kleinhäuser nur durch einen günstigen Bebauungsplan sich ermöglichen lasse, hat man ursprünglich im Entwurf für diese Querstrassen eine Fahrbahnbreite von 8 m und 3 m Vorgartenbreite vorgesehen gehabt. Der Magistrat jedoch hat die Breite der Strassen auf 9 m und die Vorgartenbreite auf 2,5 m festgelegt. In der einen Richtung, die vielleicht einigen Verkehr aufzunehmen hat, sind die Strassen mit zehn 10 m und teils einseitigen Vorgärten mit 5 m, teils mit beiderseitigen Vorgärten vorgesehen. Die Grundstückstiefen sind so bemessen, dass keine Veranlassung für den Bau von Rückgebäuden besteht, und wird der ganze Innenraum des Blocks von den Gärten eingenommen; es ist also für Licht und Luft im weitesten Masse gesorgt, um so mehr als auch jede einzelne Wohnung vollkommen durchlüftbar ist. Der Abstand von Haus zu Haus wird bei den verschiedenen Variationen einheitlich etwa 14 m betragen, was bei der Höhe der Häuser mit Parterre, einem Obergeschoss und Mansarde vollkommen genügend ist. Ein weiterer wesentlicher Punkt betrifft die Tiefe der einzelnen Bauplätze, welche bei 3 m Vorgarten, 10,25 m Bautiefe und 14,75 m Gartentiefe auf 28 m einzeln oder 56 m von Strasse zu Strasse sich beläuft. Auf dem Lande oder in kleineren Städten, wo die Grundstücke zu billigeren Preisen zur Verfügung stehen, kann die Gartentiefe natürlich grösser genommen werden.

Nun zu den Rissen der Häuser selbst! Vorausschicken wollen wir, dass Ein- und Zweifamilienhäuser geplant sind, und dass unsere Pläne Zweifamilienhäuser darstellen, welche zuerst gebaut werden sollen, während man mit der Errichtung von Einfamilienhäusern vorerst noch warten will.

Beim Entwerfen der Pläne hat es sich ferner darum gehandelt, die Grundrisse so zu gestalten, dass sie mit kleinen Änderungen auch anderwärts verwendbar sind.

Das Hauptziel ist den besseren Arbeitern und Bediensteten im Ein- oder Zweifamilienhaus neben einer bescheidenen, aber doch abgeschlossenen Wohnung einen Garten zu verschaffen. Dass auch bei dem Kleinhause solide Bauweise und namentlich ausgiebiger Wärmeschutz, gute Wasserversorgung und Entwässerung, tadellose Aborte, genügend grosse Gebäudenstände nach allen Fensterseiten, ausreichende Wohnfläche und genügende Zimmerzahl unbedingt verlangt werden müssen, ist selbstverständlich. Bei guter Isolierung der Mauern vom Erd-

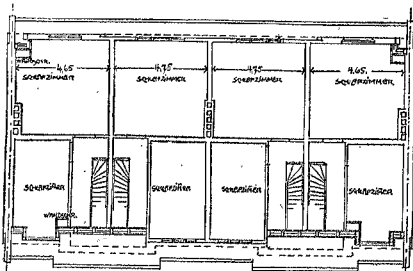
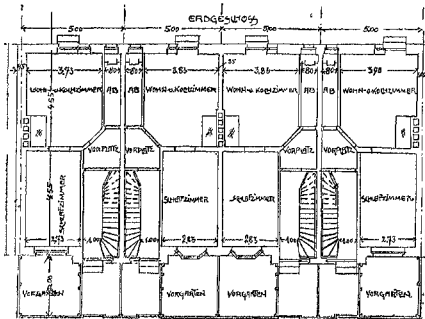


Grundstück, das im Osten Münchens an der Rosenheimerstrasse gelegen ist, einen Bebauungsplan ausgearbeitet, den wir vorstehend im Bilde zeigen.

Aus wirtschaftlichen Gründen tritt in erster Linie die Unterscheidung zwischen grossen Verkehrsstrassen, welche mit einer

boden kann auch auf eine Unterkellerung verzichtet werden. Was die Bauanlage selbst anlangt, so ist sie in der Weise gedacht, dass immer vier Häuser eine Hausgruppe bilden und nur jede Gruppe von der nächsten durch Brandmauern getrennt ist. Mithin ist jede Gruppe im Sinne der Bauordnung als ein Haus anzusehen, das vier Eingänge besitzt. Die Trennungswände zwischen den Wohnhäuschen betragen im Erdgeschoss 25 cm, im ersten Stock 25 cm, event. auch nur 15 cm, die zwischen den einzelnen Gruppen 38 cm.

Betrachten wir zunächst die später zu errichtenden Einfamilienhäuser, so finden wir, dass jedes Wohnhäuschen im Erdgeschoss ein geräumiges Wohnzimmer mit etwa 16 qm, ein weiteres Zimmer mit 10,5 qm, sowie ein Wasserklosett enthält. Eine 75 cm breite Treppe führt zum ersten Stockwerk. Dieses besitzt zwei Zimmer und eine Kammer, wodurch Platz für fünf Betten geschaffen ist. Durch eine Leiter gelangt man in den Speicherraum. Unterhalb der Treppe ist ein Vorratsraum vorgesehen. Die Fundamente sind betoniert, der ganze Bau ist in Ziegelstein ausgeführt, einzelne Scheidwände in Rabitz. Durch Anordnung von Fensterläden oder grösseren Fenstern erhält das Ganze Abwechslung. Der Bodenbelag ist in Fichtenholz Brettern, die Treppe aus Fichtenholz mit föhrenen Trittschufen. Der Durchgang zum Garten führt durch das Kochzimmer. Das Wasserklosett ist an die Hauptleitung angeschlossen; Nutzwasserleitung, Winterfenster und Wintertüren sind überall vorgesehen. Das Haus ist nicht unterkellert.



Dachgeschoss.

Unter Zugrundelegung der Münchener Baupreise für das Einfamilienhaus mit Ausbau des ersten Stockes, jedoch ohne Unterkellerung, wie bereits erwähnt, sind 4800 M. Baukosten gerechnet. Rechnet man das Quadratmeter Bauland mit 12 M., so stellen sich die Gesamtkosten eines derartigen Hauses auf 5—6000 M. und die monatliche Miete für das ganze Haus mit fünf Wohnräumen und Garten würde sich auf 25—30 M. belaufen. Als weitere Masse seien angegeben: Wohnhaustiefe 8,5 m, Vorgartentiefe 2,5 m, Hausgartentiefe 9 m. Bei einer Breite von 5 m ergibt sich also eine Gesamtfläche von 100 qm.

Nun zum Zweifamilienhaus, das zunächst aufgeführt werden soll, und dessen Haupttrisse wir vorstehend in Abbildung zeigen. Die Breite mit 5 m ist unverändert, die Wohnhaustiefe ist mit 10,25 m, die Gartentiefe mit 14,75 m, der Vorgarten mit 2,5 m Tiefe in Ansatz gebracht. Die Gesamtfläche ist somit 138,5 qm. Die Grundrisslösung ist im wesentlichen dieselbe, wie beim Einfamilienhaus, doch sind die einzelnen Wohnungen abgeschlossen, das Dachgeschoss ist ausgebaut und das ganze Gebäude ist unterkellert. Die Treppenanlage ist verbreitert, und zwar auf eine Stufenlänge von 90 cm; wodurch also das Treppenhaus eine Breite von 1,8 m erhält. Das Kellergeschoss sieht Kellerabteilung und eine Waschküche vor, in der auch eine Badeeinrichtung untergebracht ist. Die Wohnung im Erdgeschoss hat ein geräumiges Kochzimmer, mit 16 qm Fläche (3,73 mal 4,55 m), ein Schlafzimmer mit 13,5 qm (4,55 mal 2,73 m), und ein Wasserklosett. Der Vorplatz ist abgeschlossen, die Wohnung hat einen Ausgang direkt in den Garten; eine solche Wohnung berechnet sich einschließlich Gartenanteil auf etwa 19 M. monatliche Miete. Im ersten Stock und im Dachgeschoss ist eine weitere Wohnung mit einem geräumigen Kochzimmer von etwa 16 qm und drei weiteren Zimmern nebst Wasserklosett vorgesehen. Selbstverständlich hat auch diese Wohnung Waschküche- und Kelleranteil, sowie Benützung des Speichers über dem Kehlgebälk. Die monatliche Miete rechnet sich für diese Partei auf 33—35 M. Diese Partei kann durch den Keller in ihr Gartenabteil gelangen, was allerdings als un bequem angesehen werden müsste, und dem vielleicht dadurch abgeholfen werden könnte, dass rückwärts eine leichte Treppe vom ersten Stock in den Garten geführt wird. Auch der erste Stock besitzt einen abgeschlossenen Vorplatz. Bemerkenswert mag noch werden, dass die Wohnräume in der Mansarde nahezu geradwandig sind. Jedes dieser Mansardenzimmer ist mit einem Wandschrank ausgestattet. Die Kellerumfassungsmauern sind in Beton hergestellt, die Keller sind überwölbt, 1,5 cm stark.

Was hier die Rentabilitätsberechnung anlangt, so sind die Baukosten auf 10000 M. berechnet, die Bauplatzkosten mit 400 bis 1700 M., wodurch ein Gesamtaufwand von 10400 M. bis 11700 M. entsteht.

Da entgegen verschiedenen Vorschriften der Bauordnung bei den vorerwähnten Bauanlagen gehandelt ist, — so ist das Treppenhaus nicht feuersicher abgeschlossen, und die Treppe selbst nicht aus Eichenholz oder einem feuersicheren Material hergestellt, auch hat sie nicht 1 m Stufenlänge und die Dachbalkentage hat keinen feuersicheren Bodenbelag — so wäre für diese Zuwiderhandlungen um Dispens nachzusuchen. Mit Rücksicht auf den Charakter und den Zweck der ganzen Bauanlage dürfte solche wohl kaum verweigert werden. Allerdings sollte eine solche Dispens nicht für einen Fall nur gegeben werden, sondern es sollte generell für die hier in Frage kommenden Kleinhäuser alle jene Erleichterungen vorgesehen werden, welche unbeschadet der hygienischen und baulichen Anforderungen gewährt werden können, wenn die Kosten der Ausführung erschwinglich bleiben sollen.

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hielt am 18. und 19. Februar d. J. seine achte, recht zahlreich besuchte Generalversammlung unter Leitung seines ersten stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Baumeister R. Vahl-Berlin, in den Sälen der Bürgergesellschaft zu Köln ab.

Nach Eröffnung der Sitzung übermittelte Herr Vahl der Versammlung die Grüsse des leider durch Krankheit behinderten Bundesvorsitzenden Herrn Baurat Felisch-Berlin, worauf die Versammlung den Vorstand ermächtigte, Herrn Baurat Felisch die

innigste Teilnahme und herzlichsten Wünsche auf baldige Genesung telegraphisch zum Ausdruck zu bringen. Bezugnehmend auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht wies Herr Vahl auf die erfreuliche Zunahme des Bundes im vergangenen Geschäftsjahre hin, dem zurzeit 13 Landes- bzw. Bezirksverbände mit 200 Ortsverbänden sowie weitere 80 selbstständige Ortsverbände mit insgesamt rund 14 000 Mitgliedern angehören, gegen eine Mitgliederzahl von 8465 im vergangenen Jahre.

Ueber den Gesetzentwurf betr. Sicherung der Bauforderungen referierte Herr Baurat Enke-Leipzig für und Herr Baumeister Heuer-Berlin gegen den Entwurf. Die Ausführungen beider Herren wurden mit grossem Interesse und lebhaftester Beifallsbezeugung aufgenommen. Eine Abstimmung für oder gegen den Entwurf durch die Versammlung wurde nicht herbeigeführt, sondern die Bundesleitung beauftragt, nochmals eine Umfrage bei den Verbänden zwecks ihrer Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf zu halten.

Über den Gesetzentwurf betr. gewerbliche Berufsvereine hielt Herr Dr. Mielenz, Geschäftsführer des Berliner Verbandes, einen interessanten und beifällig aufgenommenen Vortrag, worauf die Versammlung ihre entschieden ablehnende Stellungnahme zum Entwurf aussprach.

Über die Frage betr. Versicherung gegen Streikschäden berichtete Herr Vahl-Berlin. Er führte aus, dass die durch die Bundesleitung im vergangenen Jahre unternommenen Schritte leider auch jetzt noch keinen Weg gekennzeichnet haben, auf dem sich eine derartige, für das Baugeverbe brauchbare Versicherung herbeiführen liess, und befürwortete die Annahme der folgenden Resolution: „Die Frage erscheint auch heute noch nicht geklärt genug, um ihr praktisch näherzutreten zu können. Die Versammlung beauftragt die Bundesleitung, die Frage auch ferner hin zu verfolgen und auf dem nächsten Bundestage erneut darüber zu berichten.“ Die Resolution gelangte zur Annahme. — Die vorzunehmenden, übrigen nur redaktionellen Änderungen der Bundessatzungen wurden genehmigt.

Bei der Neuwahl der ausscheidenden und Zuwahl weiterer Vorstandsmitglieder wurden die Herren Enke-Leipzig, Behrens-Hannover, Herzog-Danzig, Lachmann-Berlin, Lauffer-Königsberg, Bummert-Hamburg und Niess-Braunschweig wiedergewählt. Neu in den Vorstand wurden gewählt: Herr Brion-Strassburg für den Landesverband Elsass-Lothringen; Herr Schuppan-Cottbus für den Bezirksverband der Niederlausitz usw.; Herr Grothe-Halle für den krankheitshalber ausgeschiedenen Herrn Reichardt; Herr Kartmann-Posen für den Posenschen Bezirksverband; Herr Popp-Nürnberg für den Nordbayerischen Bezirksverband; die Herren Maiweg und Fritz für den Arbeitgeberbezirksverband der rhein.-westf. Industriegebiete; Herr Freese für den Bergisch-Märkischen Bezirksverband sowie schliesslich Herr Heggeler-Freiburg für den Badischen Landesverband. — Anknüpfend hieran wurde Herr Jurth-Brandenburg als Vorsitzender und Herr Kirsten-Dresden als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses wiedergewählt und Herr Born-Lichterfelde neu in diesen Ausschuss gewählt.

Als letzter Punkt des ersten Verhandlungstages gelangte eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Streiklausel zur Verhandlung. Herr Jurth-Brandenburg referierte hierüber und empfahl namens des Vorstandes die nachstehende Fassung einer solchen: „Eine Arbeitsniederlegung oder Aussperrung der Arbeitnehmer in einem für die Erfüllung des übernommenen Werkvertrages unmittelbar oder mittelbar erforderlichen Betriebe bewirkt die Verlängerung aller Fristen bzw. Hinausschiebung aller Termine um die Dauer der Arbeitsniederlegung oder Aussperrung.“ die auch von der Versammlung angenommen wurde.

Nach Eröffnung des zweiten Verhandlungstages referierte Herr Behrens-Hannover über die Frage, betr. Verbindung von Arbeitgeberverbänden und Baumaterialienhändlern zwecks gegenseitiger Unterstützung, die zu einer lebhaften Diskussion Veranlassung gab und zur Annahme folgender Resolution führte:

„Die beiden beteiligten Verbände wollen ihren Unterverbänden dringend anraten, in den einzelnen Orten bzw. Bezirken Vereinigungen zwischen Bauarbeitgebern und Baumaterialienhänd-

lern zu errichten. Dies soll auf der Grundlage der Gleichberechtigung beider Verbände mit dem Hauptzwecke geschehen: 1. die wirtschaftliche Lage der Einzelmitglieder beider Verbände zu heben; 2. sich gegen Übergriffe anderer wirtschaftlicher Verbände zu unterstützen und den Mitgliedern der Arbeitgeberverbände als Hauptkonsumenten Vorzugspreise zu gewähren. Zur Erreichung dieser Ziele wird als nötig erachtet: a) dass in Orten, wo nur Arbeitgeberverbände bestehen, die Gründung von Händlerverbänden angestrebt wird; b) dass dort, wo Verbände beider Arten vorhanden, Vereinbarungen einzuleiten sind. Wünschenswert ist ferner: c) dass sich, um die zur Bekämpfung und Heranziehung Aussenstehender nötige Macht zu erlangen, beide Arten Verbände zu einem Verbände mit Unterabteilungen zusammenschliessen; d) dass Differenzen, die den Zusammenschluss der Gruppen hindern, durch Bevollmächtigte der Hauptverbände beseitigt werden.“

Hieran knüpfte sich die Berichterstattung über den Verlauf der letztjährigen Arbeitseinstellungen, an welcher sich die Herren Thiemann-Cöln, Erdmann-Gotha, Kartmann-Posen, Behrens-Hannover für Hildesheim, Ausmeyer-Braunschweig, Ständer-Lübeck, Herzog-Danzig für den Westpreussischen Bezirksverband, Müller-Augsburg, Popp-Nürnberg, Freese-Barmen-Elberfeld beteiligten. Herr Jurth-Brandenburg erstattete den Kassenbericht und berichtete ferner über die Revision der Rechnungslegung, die in bester Ordnung befunden wurde. Dem Vorstände wurde Entlastung erteilt und der Haushaltsetz für das Jahr 1907, der in Einnahme und Ausgabe mit 22 000 M. abschliesst, genehmigt. Hierauf gelangten die vorliegenden Anträge zur Erledigung. Herr Lütcher-Frankfurt a. M. sprach sich gegen das mit dem 1. April d. J. in Kraft tretende Gesetz, betr. Abänderung der Gewerbeordnung (Befähigungsnachweis), und schlug vor, der Reichsregierung eine Eingabe gegen dieses Gesetz einzureichen. Die Versammlung schloss sich diesem Vorschlage jedoch nicht an. Als Ort für die nächste Generalversammlung wurde Hannover gewählt und danach die Verhandlungen um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen. Mg.

Die Breslauer Domtürme.

Architekt Felix Henry-Breslau hielt am 21. Februar im Verein für Geschichte der bildenden Künste einen Vortrag über „Wiederherstellung und Aufbau der Breslauer Domtürme“, unter dessen zahlreichen Zuhörern sich der Oberpräsident, Domkapitular Dr. König nebst anderen Vertretern des Domkapitels befanden.

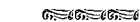
Nach einer Schilderung des bisherigen Verlaufs der Umbaubewegung und der dabei entstandenen Besorgnis, dass Breslau eines seiner schönsten Stadtbilder verlieren würde, geht der Vortragende auf die Baugeschichte des Domes näher ein, die er an der Hand zahlreicher Abbildungen und Pläne vorführt.

Seiner Ansicht über den geplanten Umbau selbst gibt Architekt Henry schliesslich dahin Ausdruck, dass der Wunsch, alles beim Alten zu lassen, vom fachmännischen Baumeister nicht geteilt werden könne, denn es sei dessen Pflicht zur Erhaltung eines Bauwerkes auch entsprechendes Neuwerk zu schaffen.

Die Forderungen für die Art der Wiederherstellung und den Ausbau unserer Domtürme würden durch das Baudenkmal selbst durch seine Geschichte, durch die anerkannten Grundsätze der heutigen Denkmalpflege und durch die Pietät gestellt. Das Wichtigste sei, ein klares Gesamtprojekt ins Auge zu fassen, nicht ein solches der Westfassade allein. Man dürfe aber nicht zurückrestaurieren auf eine bestimmte Kunstperiode und nicht die wirklichen oder möglichen Absichten der Erbauer auszuforschen; dem Baudenkmal müssten seine Geschichte und seine Geschieke aufgeprägt bleiben. Allen Charakter müsse man ihm lassen und nichts fälschen und namentlich neue Zutaten als solche kenntlich machen. Die Notdächer solle man den Türmen lassen, den Südturm in der Silhouette dem Nordturm mit aus ihm selbst entnommenen Formen ähnlicher gestalten, den Schmuck des Nordturmes erneuern und

ergänzen; aber nicht auf dem Südturm mechanisch und gedankenlos übertragen und beide Türme mit nachahmender Gotik überspinnen wollen. Im Material müsse man den alten treu bleiben und jeden schreienden Gegensatz von alt und neu vermeiden. Alle übrigen Fragen müssten zunächst offen bleiben.

In jedem Falle werde Neues, das im Gesamtkontext des Dombaus mittlänglich, den Reiz des Domes nicht mindern, sondern eher erhöhen. Je weniger von der derben Wuchtigkeit der einfachen Linienführung und der grossen Schlichtheit, den Hauptcharaktereigenschaften des Baues, abgewichen werde, um so wertvoller würde die Restauration werden. Eine von selbst sich ergebende, leichte Lösung der hochbedeutsamen Frage zu finden, sei unmöglich; und man dürfe ihr nicht Gewalt antun, Das den Breslauern so lieb gewordene Bild möglichst nicht zu zerstören, müsse das Hauptbestreben sein. Nicht im künstlerisch Vollendeten liegen die Reize unserer Stadtbilder, sondern in der Stimmung, die auch Unvollkommenes geben könne. Nochmals solle man darum eingehend alle Quellen prüfen, neue Vermessungen vornehmen, mit Hilfe tüchtiger Fachleute ein eingehendes Programm für die gesamte Wiederherstellung machen und einen Ideenwettbewerb ausschreiben, um durch den Vergleich möglichst vieler Vorschläge das Rechte zu treffen. Unter den Preisträgern solle dann ein engerer Wettbewerb eintreten, und die Arbeit solle nur einem Meister übertragen werden, der dem Bau gewachsen und dem Bauherren genehm sei. Erst wenn ein solches Gesamtprojekt vorliege, sei man der grossen Verantwortung überhoben und der Anerkennung aller sicher, und erst dann solle man einen Beschluss fassen. Als Vertreter des Domkapitels nahm Domprobst Dr. König das Wort und versicherte, dass nichts Leichtfertiges in der Frage geschehen werde. Man sei sich der Verantwortung wohl bewusst, aber auch genötigt, mit begrenzten Geldmitteln zu rechnen. Das Domkapitel wäre ausserordentlich dankbar, wenn ihm jemand einen Weg weisen könnte, gegen den sich nichts mehr einwenden liesse.



Verschiedenes.

Druckfehler. Fränkische Gehöftanlage. Bei der Kostenberechnung muss die Finsumme nicht heissen: 148 820 M. sondern **14 820 M.** Die einzelnen Positionen sind richtig.

Behördliches, Erlasse usw.

Die Wertzuwachssteuer in Berlin abgelehnt. Der Ausschuss, welchem zur Beratung die Materie überwiesen wurde, hat mit 8 gegen 4 Stimmen die Einführung dieser Steuer abgelehnt. Massgebend hierfür war, dass sich Berlin einer ungemäss günstigen Finanzlage erfreut, so dass bei nur 100 Proz. Einkommensteuerzuschlag im letzten Jahre sogar 10 Millionen Ueberschuss sich ergaben. — Bei dieser Gelegenheit wurde auf die Umgehung der Wertzuwachssteuer aufmerksam gemacht, wie sie in den Vororten Berlins erfolgreich durchgeführt wurde. Es wurde eben für jede Bauparzelle eine G. m. b. H. begründet, der Bauunternehmer (Käufer) tritt nicht als Käufer, sondern Gesellschafter ein und da die Wertzuwachssteuer nur bei einem Verkauf erhoben werden kann, wurde sie auf diese Weise erfolgreich umgangen.

Neue Bauordnung in Königsberg. Nach vielem Hin- und Herwandern zwischen der Polizeibehörde und dem Magistrat scheint man mit der Bearbeitung soweit gekommen zu sein, dass der Bauordnungsentwurf endgültig als fertiggestellt betrachtet werden kann. In Grundbesitzerkreisen ist man unangenehm berührt, dass man weder von der Bauordnung noch dem Zonenplan, worauf der ganze Entwurf basiert, etwas zu sehen und hören bekommt und dass eine so wichtige Angelegenheit über die Köpfe der interessierten Kreise hinweg Gesetz werden soll. Wie aus der „Ostdeutschen Bau-Zeitung“ ersichtlich, ist auch in Breslau eine neue Bauordnung in Beratung, aber da würde dieselbe im vorigen Jahre in der Stadtverordneten-Versammlung beraten und in der Presse eingehend besprochen, so dass sich jeder einigermaßen ein Bild machen konnte. Allermindestens wäre auch dasselbe hier anwendbar gewesen.

Arbeitsmarkt im Januar 1907.

Nach dem Bericht des „Reichs-Arbeitsblatt“ war die allgemeine Konjunktur auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt im Monat Januar wenig verändert, die Gesamtanlage ist ebenso

günstig geblieben wie im Vormonat. Der Monat Januar pflegte auf dem Arbeitsmarkt stets ein verhältnismässig stiller Monat zu sein, es war das auch diesmal der Fall, insbesondere wurde in diesem Jahr die Arbeitsgelegenheit im Monat Januar sehr stark durch Witterungsverhältnisse beeinträchtigt. Strenger Frost und Schneefall in allen Teilen des Deutschen Reichs legten vorübergehend einerseits das Baugewerbe und die Erdarbeiten im Freien still, auf der anderen Seite boten diese Witterungsverhältnisse zahlreichen ungelerten Arbeitskräften vorübergehende Arbeitsgelegenheit. Die Beschäftigung in den grossen Industrien war nach wie vor im allgemeinen stark angespannt; der Kohlenbergbau hatte vollauf zu tun, ebenso lauten die Berichte aus der Eisen- und Stahlindustrie und der Maschinenindustrie durchweg günstig. Eine Abschwächung der Konjunktur wird nur aus einzelnen Teilen der elektrischen Industrie gemeldet.

Im Baugewerbe war die Tätigkeit infolge der kalten Witterung sehr gering oder ruhte ganz. Verglichen mit dem milderen Januar 1906 trat fast überall eine Verschlechterung ein. In Giessen wurde ungefähr ein Drittel des durchschnittlichen Arbeiterstandes beschäftigt. Hier war die Lage etwas besser als im Vorjahr. Das Angebot an Arbeitskräften war überall sehr gross. Davon abweichend wird aus Braunschweig berichtet, dass die Beschäftigung infolge der milden Witterung, die bis Mitte des Monats anhielt, verhältnismässig gut war und besser als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Aber auch hier war ein Überangebot an Arbeitskräften vorhanden. Der Streik der Steinsetzer, der seit dem 4. Juli währt, ist immer noch nicht beigelegt.

Auch die Steinindustrie litt nach dem vorliegenden Bericht sehr unter dem Einfluss der ungünstigen Witterung. An vielen Tagen konnte infolge des Schneetreibens und übergrosser Kälte überhaupt kaum gearbeitet werden. Die Geschäftslage in der gleichen Zeit des Vorjahres war besser, da die Witterung fast ungehinderte Tätigkeit gestattete.

In der Zementfabrikation war die Beschäftigung im Januar nach einem Bericht aus Hamburg gut, wenn auch der Versand infolge des Frostwetters geringer als im Vormonat war.

Der Geschäftsgang in der Holzindustrie war im allgemeinen ziemlich ruhig. In den Sägewerken und in den holzverarbeitenden Betrieben war die Beschäftigung im allgemeinen recht schwach, häufig schlechter als im Vormonat. Vielfach war ein Überangebot an Arbeitskräften vorhanden.

Handelsteil.

Zwangsversteigerungen.

Architekt Fr. Fritsch, Breslau, Kaisersstr. 5	22. 4. 07
Tischlermstr. Jos. Häbicht, Baerwald, Amtsg. Münsterberg 10. 4. 07	10. 4. 07
Maurer Rob. Franke, Schrepau, Amtsg. Glogau	11. 4. 07
Bauuntern. Fr. Potempa, Karl/Rossg. Amtsg. Beuthen	9. 4. 07
Bauuntern. R. v. Korytowski, Opalenitza, Amtsg. Grätz	26. 4. 07
Tischlermstr. David Domke, Schneidemühl, Amtsg. Bromberg	9. 4. 07
Bauuntern. Wilh. Böttke, Schneidemühl	12. 4. 07
Zimmerm. K. Janiszewski, Wlatomen, Amtsg. Tremessen	11. 5. 07
Töpfermstr. Karl Grau, Thorn	11. 4. 07
Bauuntern. Aug. Geschwandtner, Königsberg i. Pr.	16. 4. 07
Bauuntern. Herm. Bergmann, Königsberg, Haberberg	10. 4. 07
Techniker Jos. Grunberg, Münsterberg, Amtsg. Guttstadt Opr.	18. 4. 07
Bauuntern. Ed. Licht, Ragnit Opr.	23. 4. 07
Maurer Wilh. Zanger, Pirkallken Opr.	22. 4. 07
Mauremstr. Otto Patels, Ahlbeck, Amtsg. Swinemünde	13. 4. 07
Elektrizitätswerk Massow, G. m. b. H.	11. 4. 07

Tarif- und Streikbewegungen.

Beuthen O.-S. Zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisation ist ein Vertrag unter folgenden Bedingungen abgeschlossen worden: Vom 1. April bis 30. Juni 1907 beträgt der Stundenlohn 39 Pf., von da ab bis zum 1. April 1909 40 Pf. Die Arbeitszeit ist eine 10-stündige unter gleicher Einführung einer Frühstücks- und Vesperpause. Die Lohnzahlung bleibt eine 14-tägige, jedoch ist jeder Geselle berechtigt, in der Zwischenwoche einen Vorschuss von 34 Pf. pro Stunde zu verlangen.

Kolberg. Die im Arbeitgeberverband vereinigten Malermeister haben die bei ihnen beschäftigten Gehilfen ausgesperrt, weil letztere mit Mehrforderungen an die Meister herantreten sind, die nicht sämtlich bewilligt werden konnten. Da der bestehende Tarif am 1. April d. J. abläuft, wird befürchtet, dass ein Streik ausbrechen werde. Um einen solchen zu verhindern, ist man den Gehilfen zuvorgekommen.

Strand-Halle für das
Seebad Oliva-Giettkau

Architekt:
Kurt Arnheim, Oliva.

